

Österreichische EU-Ratspräsidentschaft

Einleitung

Am 1. Januar 2006 übernahm Österreich für ein halbes Jahr den EU-Ratsvorsitz¹. Im Jahresprogramm², das von den künftigen österreichischen und finnischen Vorsitzen im Dezember 2005 vorgelegt wurde, wurde die Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung als ein Hauptziel formuliert.

Folgende Gleichstellungsthemen wurden dabei im Rahmen des österreichischen Vorsitzes schwerpunktmäßig behandelt:

- Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern
- Teilnahme von Frauen in Führungspositionen und an Entscheidungsprozessen
- Frauengesundheit
- „Traditionsbedingte Gewalt“ gegen Frauen

Außerdem wurde auf Vorschlag der sechs EU-Mitgliedsstaaten Schweden, Frankreich, Spanien, Finnland, Tschechien und Dänemark ein European Pact for Gender Equality verfasst³. Der European Pact for Gender Equality greift Themen, Maßnahmen und Instrumente auf, die im Lissabon Programm, in den Richtlinien für Wachstum und Beschäftigung sowie im europäischen Fahrplan für die Gleichstellung der Geschlechter bereits formuliert sind⁴. Im wesentlichen nennt der European Pact of Equality drei gleichstellungspolitische Ziele:

- 1) Die Gleichstellung der Geschlechter muss konsequent und als Querschnittsaufgabe verfolgt werden.
- 2) Der Zugang für Frauen auf den Arbeitsmarkt muss bei gleichzeitigem Abbau von Ungleichheit in Beschäftigung und Sozialer Sicherheit gefördert werden.
- 3) Work-Life Balance Modelle müssen im Hinblick auf die demographischen Herausforderungen stärker auf Frauen und Männer ausgerichtet werden.

Zusätzlich zu den oben genannten Schwerpunkten wurde die Konferenz "Demographische Herausforderungen - Familie braucht Partnerschaft" vom 2.

¹ www.eu2006.at/de (aufgerufen am 18.10.06)

² www.eu2006.at/de/The_Council_Presidency/Priorities_Programmes/index.html (aufgerufen am 18.10.06)

³ <http://www.es-ue.org/default.asp?lg=1&displaying=-1> (aufgerufen am 18.10.06)

⁴ <http://europa.eu/bulletin/en/200603/i1013.htm> (aufgerufen am 18.10.06)

bis 4. Februar 2006 in Wien durchgeführt. Diese diskutierte das Thema der demographischen Herausforderung nicht nur aus familienpolitischer Sicht, sondern auch als gleichstellungspolitisches Thema.

Des Weiteren veröffentlichte die männerpolitische Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Konsumentenschutz unter dem Slogan einer ganzheitlichen Geschlechterpolitik den Folder "Männerpolitik"⁵.

Die Erfahrung bei der Implementierung von Gender Mainstreaming hat gezeigt, dass die Einbeziehung von Männern in Gleichstellungsthemen integraler Bestandteil aktueller Gleichstellungsstrategien ist. Eine Schwierigkeit aber liegt in der Herangehensweise an das Thema "Männerpolitik", wenn es als gesonderter Politikbereich behandelt und nicht gleichstellungsorientiert verfolgt wird. Das Problem besteht darin, dass eine essentialistische Auffassung von Geschlechterdifferenz Männer auf ein bestimmtes "Wesen" reduziert und im Gegensatz zu Frauen als gesonderte Gruppe behandelt. Dieses Verständnis von „Männlichkeit“, das in einigen Männerpolitiken verfolgt wird, birgt die Gefahr, die Polarisierung der Geschlechter in der Gesellschaft zu zementieren und Geschlechterstereotype fortzuschreiben⁶.

Mehr zum Thema Männerpolitik erfahren Sie auf den Seiten des GenderKompetenzZentrums⁷.

Einzelne Schwerpunkte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

I. Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern

Zum Themenschwerpunkt Gender Pay Gap fand eine Konferenz statt und sind zwei Publikationen erschienen:

1. Expertinnen- und Expertenkonferenz zur Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern
2. Broschüre "Know your Rights. Equal Treatment and Full Equality of Women and Men in Employment"
3. Guide "Equal Pay for Equal Work and Work of Equal Value. Guide to Legal Provisions Governing Equal Pay and Non-Discriminatory Job Evaluation"

⁵ <http://eu2006.bmsg.gv.at/cms/eu2006/attachments/9/3/3/CH0580/CMS1136292805627/maennerpolitik.pdf> (aufgerufen am 18.10.2006)

⁶ näheres zum Thema Geschlechterstereotypen unter <http://www.genderkompetenz.info/gendermainstreaming/grundlagen/stereotype> (aufgerufen am 18.10.06)

⁷ <http://www.genderkompetenz.info/gendermainstreaming/strategie/maennerpolitik/> (aufgerufen am 18.10.06)

Mit dem Thema der Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern wurde ein zentrales geschlechterpolitisches Thema behandelt. Obwohl mit Artikel 141 des Amsterdamer Vertrages⁸ bereits 1997 „gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder Arbeit von gleichem Wert“ gesetzlich festgeschrieben wurde, zeigen Eurostat-Statistiken⁹, dass in den EU-Mitgliedsländer nach wie vor eine große Einkommensschere zwischen Männern und Frauen existiert.

I.1 Expertinnen- und Expertenkonferenz: „Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern“

Zum Thema „Closing the Gender Pay Gap“ wurde am 22. Mai 2006 eine Expertinnen- und Expertenkonferenz in Brüssel abgehalten.

Die Konferenz schließt an eine internationale Konferenz in Berlin im Juni 2002 zum Thema „Gleicher Lohn“ an¹⁰. Teilnehmende und Referierende der EU-Konferenz waren Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Sozialpartner, sowie der Regierungen und Gleichbehandlungsinstitutionen. Zudem waren Personen aus dem Bereich Forschung und aus Frauenprojekten eingeladen.

In der vom österreichischen Vorsitz in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission veranstalteten Konferenz wurde das Ziel der Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen in den Kontext des Lissaboner-Programms gesetzt¹¹. Die Bekämpfung des „gender pay gaps“ wurde damit als integrale Maßnahme für die Ziele Wachstum und Beschäftigung in einer wissensbasierten Ökonomie ausgewiesen.

Inhaltlich konzentrierte sich die Konferenz auf die Analyse der gegenwärtigen Ungleichheitssituation, auf eine Darstellung ihrer Ursachen sowie ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen. Zudem wurden Maßnahmen zur Schließung des Einkommensunterschieds im Austausch von Good-Practice-Beispielen diskutiert.

Bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen wurde eine Zusammenarbeit mit

⁸ http://ec.europa.eu/employment_social/equ_opp/treaty_de.html (aufgerufen am 18.10.06)

⁹ http://europa.eu.int/estatref/info/sdds/en/earn/earn_gr_gpg_base.htm (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁰ Die Dokumentation zu der Konferenz in Berlin finden sie hier:

www.peking-plus-zehn.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-24290-Dokumentation-Equal-Pay---deut.property=pdf.bereich=peking.rwb=true.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

¹¹ http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/COM2005_330_de.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

relevanten Institutionen gefordert und den europäischen Sozialpartnern (ETUC¹²/ UNICE¹³ /CEEP¹⁴) eine klare Verantwortung übertragen.

Das Programm, sowie die einzelnen Beiträge und Good-Practice-Beispiele sind auf der Informationsseite zur Konferenz auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen (BMGF) abrufbar¹⁵.

I.2 Broschüre: "Know Your Rights. Equal Treatment and Full Equality of Women and Men in Employment"

Die Broschüre informiert zum einen über das österreichische Gleichbehandlungsgesetz und dessen Neuerungen 2004 und zeigt die mit dem Gesetz verbundenen Handlungsoptionen, wie auch Handlungsgrenzen auf. In der Broschüre werden zudem die häufigsten Diskriminierungen im Zusammenhang mit Arbeit dargestellt. Außerdem zeigt die Broschüre legale Handlungsmöglichkeiten im Falle einer Diskriminierung auf und führt Referenz- und Zuständigkeitsstellen in Österreich an.

Die Broschüre kann bei der österreichischen Gleichbehandlungsanwaltschaft¹⁶ bestellt werden, oder ist im Netz in englischer Version abrufbar¹⁷.

I.3 Guide: „Equal Pay for Equal Work and Work of Equal Value. Guide to Legal Provisions Governing Equal Pay and Non Discriminatory Job Evaluation.“

Diese Broschüre erschien im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft als Neuauflage auf Englisch. Sie gibt eine Überblicksdarstellung zu den österreichischen, sowie europäischen Regelungen zu gleicher Bezahlung und bietet eine erste Annäherung an eine Nicht-Diskriminierende Arbeitsbewertung und deren praktische Anwendung in Unternehmen.

Die Broschüre kann bei der österreichischen Gleichbehandlungsanwaltschaft¹⁸ bestellt werden, oder ist im Netz in englischer Version¹⁹ sowie deutscher Version²⁰ abrufbar.

¹² <http://www.etuc.org/> (aufgerufen am 18.10.06)

¹³ <http://www.unice.org/Content/Default.asp> (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁴ <http://www.ceep.org/> (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁵ www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0331&doc=CMS1149154836800 (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁶ www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0211&doc=CMS1059555645254 (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁷ www.bmgf.gv.at/cms/site/attachments/0/4/7/CH0331/CMS1149154836800/know_your_rights.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁸ www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0211&doc=CMS1059555645254 (aufgerufen am 18.10.06)

¹⁹ www.bmgf.gv.at/cms/site/attachments/0/4/7/CH0331/CMS1149154836800/equal_pay_for_equal_work_and_work_of_equal_value.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

²⁰ www.bmgf.gv.at/cms/site/attachments/4/5/7/CH0097/CMS1156940497426/gleicher_lohn_fuer_gleiche_und_gleicherwertige_arbeit_2006.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

II. Frauen in Führungspositionen und Entscheidungsprozessen

Unter dem Themenschwerpunkt „Teilhabe von Frauen in Führungspositionen und Entscheidungsprozessen“ organisierte der österreichische EU-Ratsvorsitz zusammen mit der europäischen Kommission eine EU-Konferenz mit dem Titel

1. EU-Konferenz "Re-searching Women in Science and Technology"

Im Rahmen der Konferenz wurden folgende Daten und Berichte präsentiert:

2. WIST-Report
3. She-Figures 2006
4. Role-Model-Broschüre

Mit 21 Prozent weiblichen Anteil an Forschung und nur 10 Prozent Forscherinnen im Industriesektor liegt Österreich deutlich – und zwar um ein Drittel – unter der durchschnittlichen EU- Frauenquote in der Wissenschaft.

Von einer Gleichstellung der Geschlechter in Forschung und Wissenschaft sind alle EU-Mitgliedsländer weit entfernt.

Die EU-Konferenz „Re-searching Women in Science and Technology“ setzt somit ein Signal, um die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in Wissenschaft und Technologie vorwärts zu bringen.

II.1 EU-Konferenz: "Re-searching Women in Science and Technology"

Vom österreichischen Ratsvorsitz in Kooperation mit der Europäischen Kommission organisiert, fand von 15. bis 16. Mai in Wien die EU-Konferenz „Re-searching Women in Science and Technology“ statt²¹.

Auf der Konferenz wurden die EU-Richtlinien zum Gleichstellungsthema „Frauen in die Forschung“ aufgezeigt. Neben einer gleichstellungsorientierten Perspektive wurde das Thema der gleichen Teilhabe aus einem Unternehmensblickwinkel diskutiert. Unter anderen betonte Martina Schraudner von der Fraunhofer Gesellschaft in ihrer Präsentation einen Innovations- und Qualitätsgewinn für Unternehmen durch eine „gender balance“. Zudem wurde im Rahmen der Konferenz auf die Wichtigkeit von Role-Models verwiesen.

²¹ http://ec.europa.eu/research/science-society/women/wir/news_en.html (aufgerufen am 18.10.06)

Das Programm und die Präsentationen der Konferenz sind unter der „Nachlese zur European Conference – Re-searching women in science and technology²²“ auf der Homepage von FEMtech abrufbar.

Zudem bietet die Seite einen Link zu österreichischen Pressemeldungen zur Konferenz.

II.2 WIST-Report

Die Arbeitsgruppe „Women in Science and Technology“ (WIST) wurde im Rahmen einer Anschlusskonferenz der „Women in Research“ (WIR)²³ im Oktober 2003 in Berlin ins Leben gerufen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sowie ungefähr fünfzehn multinationalen Unternehmen zusammen. Aufgabe und Zielsetzung der Arbeitsgruppe liegt in der Auseinandersetzung mit einer unternehmerischen Perspektive auf Gleichstellung und Chancengleichheit. Die Ergebnisse der Analyse sind im WIST-Report²⁴ veröffentlicht.

Der Bericht ist als PDF-Datei abrufbar.

Für nähere Informationen wenden Sie sich an folgenden Kontakt:

EUROPEAN COMMISSION

Directorate-General for Research

Directorate C - Science and Society

Unit C4 - Women and Science

E-mail: rtd-womenandscience@cec.eu.int

Contact: Johannes Klumpers

European Commission

B-1049 Brussels

Tel. (32-2) 29-95287

Fax (32-2) 29-93746

²² www.femtech.at/index.php?id=282&backPID=282&begin_at=8&tt_news=164 (aufgerufen am 18.10.06)

²³ http://ec.europa.eu/research/science-society/women/wir/index_en.html (aufgerufen am 18.10.06)

²⁴ http://ec.europa.eu/research/science-society/pdf/wist_report_final_en.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

II.3 She-Figures 2006

She-Figures 2006 beinhaltet eine nach Männern und Frauen differenzierte Datenaufstellung zur Beschäftigungssituation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den EU-Mitgliedsländern. Die Serie der She-Figures wurde 2003 von dem Referat „Women and Science“²⁵ eingeführt. In den She-Figures 2006 wurde zum ersten Mal ein „Glasdecken-Index“ als neuer Indikator zur Messung der relativen Chance von Frauen im Vergleich zu Männern Toppositionen zu erreichen, veröffentlicht. Der Begriff „Gläserne Decke“ meint das Phänomen, dass die meisten hochqualifizierten Frauen in ihrem Karriereweg nicht in die Führungsetage aufsteigen, obwohl sie die gleichen Leistungen erbringen wie ihre männlichen Kollegen.

Der Datenbericht ist als pdf Datei abrufbar²⁶.

Für weitere Informationen wenden Sie sich an:

EUROPEAN COMMISSION

Directorate-General for Research

Directorate C – Science and Society

Unit C.4 – Women and Science

E-mail: rtd-womenscience@cec.eu.int

Contact: Johannes Klumpers

European Commission

B-1049 Brussels

Tel. (32-2) 29-60911

Fax (32-2) 29-93746

II.4 Role-Model-Broschüre

Ein Projektteam des österreichischen Programms „FEMtech - Frauen in Forschung und Technologie“²⁷ nutzt den internationalen Charakter der EU-Konferenz „Researching Women in Science and Technology“, um eine Broschüre herauszugeben, in der Expertinnen aus ganz Europa sich und ihre Karrierebiographie vorstellen.

²⁵ http://ec.europa.eu/research/science-society/page_en.cfm?id=3197 (aufgerufen am 18.10.06)

²⁶ http://ec.europa.eu/research/science-society/pdf/she_figures_2006_en.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

²⁷ <http://www.femtech.at> (aufgerufen am 18.10.06)

Ziel der Broschüre ist es, über die Role-Model Funktion der Expertinnen jungen Wissenschaftlerinnen den Zugang zur industriellen Forschung zu erleichtern. Die Broschüre ist als pdf-Datei abrufbar²⁸, für nähere Informationen wenden Sie sich an folgende Kontaktpersonen des Projektteams: Beatrix Hausner²⁹, Gertraud Oberzaucher³⁰, Manuela Schein³¹, Inge Schrattenecker³².

III. Frauengesundheit

Neben Diabetes wurde unter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft Frauengesundheit als zweites Hauptgesundheitsthema auf die Agenda des informellen Treffens der Gesundheitsministerinnen und -minister vom 25. - 26. April 2006 in Wien gesetzt.

In Vorbereitung auf das informelle Treffen wurden folgende Schwerpunktthemen überarbeitet und in ihrer aktualisierten Form als sechs Factsheets präsentiert und zur Diskussion frei gegeben:

- Kardiovaskuläre Erkrankungen bei Frauen
- Rauchen – Lungenkrebs bei Frauen
- Osteoporose
- Endometriose
- Brustkrebs
- Psychische Gesundheit – Depression bei Frauen

Diese Factsheets sind in dem Bericht „Schwerpunkte der österreichischen EU-Präsidentschaft. Frauengesundheit und geschlechtsspezifische Krankheitsbilder“ veröffentlicht³³. In den Factsheets werden über die sechs Krankheitsbilder bezüglich ihrer geschlechtsspezifischen Relevanz in Krankheitsablauf, Krankheitsdiagnose, Beschwerdeprofil und Therapie informiert. Dabei wird deutlich, dass Frauen

²⁸ http://www.femtech.at/fileadmin/femtech/be_images/Publikationen/FEMtech_RoleModel_deut_fin.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

²⁹ www.oegut.at/de/portrait/team/hausner.php (aufgerufen am 18.10.06)

³⁰ www.femtech.at/index.php?id=385 (aufgerufen am 18.10.06)

³¹ www.ffg.at/content.php?cid=355&sid=22 (aufgerufen am 18.10.06)

³² www.oegut.at/de/portrait/team/schrattenecker.php (aufgerufen am 18.10.06)

³³ www.bmgf.gv.at/cms/site/attachments/5/2/1/CH0330/CMS1147076324023/fs_broschuere_d_neu.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

bezüglich Risikofaktoren u.a. nicht als homogene Gruppe zu begreifen sind, sondern weitere Kategorien wie Alter/ Einkommen/ Familienstand immer in eine gendersensible Analyse miteinbezogen werden müssen. Für nähere Informationen zum Thema Frauengesundheit wenden sie sich an Dr. Ines Stamm der Abteilung Frauengesundheit des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen³⁴.

IV. „Traditionsbedingte Gewalt“ an Frauen

Zum Themenschwerpunkt „traditionsbedingte Gewalt an Frauen“ ist folgendes zu berichten:

1. EU-Konferenz "Joint Action of Member States against Harmful Traditional Practices"
2. Bericht zur EU-Konferenz "Joint Action of Member States against Harmful Traditional Practices"
3. Network Against Harmful Traditions (NAHT)

Das Thema der „traditionsbedingten Gewalt“ wurde vom österreichischen EU-Ratsvorsitz erstmals auf EU-Ebene zur Diskussion gestellt, wobei sich die Teilnehmenden vor allem mit Maßnahmen gegen "Genitalverstümmelung", Ehrenmord und Zwangsverheiratung auseinandersetzen.

Die Verknüpfung des Begriffs „traditionsbedingte Gewalt“ mit den Gewaltformen der „Genitalverstümmelung“, des Ehrenmord und der Zwangsverheiratung ist übliche Praxis im internationalen Diskurs.

Die konstruierte Verbindung zwischen Tradition und den genannten Gewaltformen an Frauen begünstigt aus wissenschaftlicher Perspektive eine verzerrte Lesart, nämlich Gewalt hätte nur in bestimmten Kontexten Tradition. Dabei wird die Thematik Gewalt aus anderen Zusammenhängen ausgelagert. Von wissenschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern der „Postcolonial Studies“ und der „Critical Whiteness Theory“ wird zudem kritisiert, dass Begriffe, die Bilder der Statik und Unveränderbarkeit produzieren - wie der Begriff Tradition - vor allem auf nicht westliche Kulturkonzepte angewendet werden. Diese polarisierende Zeichnung ei

³⁴ www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0330&doc=CMS1111673251926 (aufgerufen am 18.10.06)

nes dynamischen und zivilisierten „Westens“ und eines statischen, archaischen „Anderen“ wird als stark hierarchisierend ausgewiesen.

Zu dem Gebrauch des Begriffs "Genitalverstümmelung" (im Engl. „Female Genital Mutilation“ FGM), der sich als politisches Symbol international durchgesetzt hat, fanden in wissenschaftlichen und aktivistischen Diskussionen in den letzten Jahren kritische Auseinandersetzungen statt. An der Begriffspolitik von „Genitalverstümmelung“ wird eine Vereinfachung/ Pauschalisierung kritisiert. Die Vielzahl von heterogenen Praktiken und Bedingungen werden unter diesem Begriff meist nicht diskutiert und sichtbar gemacht. Zudem werden sie auf eine spezifische moralische Bedeutung reduziert. So legt der Begriff zum Beispiel nahe, dass Eltern ihren Kinder „bewusst“ Verletzungen zufügen. Zudem wird kritisch eingewendet, dass sich betroffene Frauen selbst nicht als „verstümmelt“ und als „Opfer“ wahrnehmen. Deshalb werden alternativ zu dem Begriff „Genitalverstümmelung“ die Begriffe „Weibliche Beschneidung“ (im Engl. Female Circumcision FC) und die vorwiegend im US-amerikanischen Raum verwendeten Begriffe "Female Genital Surgeries" (FGS) und "Female Genital Cutting" (FGC) im deutschsprachigen Raum diskutiert.

Damit wichtige frauenpolitische Themen - wie das der Gewalt an Frauen – von Personen nicht zu Rassismen und Antiintegrationspolitiken missbraucht werden können, ist ein komplexer Umgang in der Auseinandersetzung mit „traditionsbedingter Gewalt“ unabdingbar.

Komplexität, positive Integrationskonzepte, Kooperationen mit Menschen aus unterschiedlichem Migrations- und kulturellen Hintergrund, sowie die Vermeidung der Idee einer Ausschließlichkeit in der Thematisierung von „traditionsbedingter Gewalt“, können Rahmenbedingungen für einen sensiblen Umgang mit der Thematik sein.

IV.1 EU- Konferenz „Joint Action of Member States against Harmful Traditional Practices“

Zu Beginn der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand auf Initiative von Gesundheits- und Frauenministerin Maria Rauch-Kallat im Rahmen des informellen Treffens der europäischen Gleichstellungsministerinnen und -minister die EU-Konferenz „Joint Action of Member States against Harmful Traditional Practices“

in Brüssel statt. Teilnehmende waren neben den EU Gleichstellungsministerinnen und -ministern, Vertreterinnen und Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments sowie Beobachterinnen und Beobachter aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Ziel der Konferenz war es, sich über Best-Practice-Modelle innerhalb der EU-Mitgliedstaaten auszutauschen, legislative Mittel gegen „Harmful Traditional Practices“ (HTP) zu diskutieren, sowie Möglichkeiten der Gewährleistung des "Opfer"schutzes zu besprechen. Zudem wurde eine verstärkte und gezielte Datenerhebung zu „Harmful Traditional Practices“ gefordert.

In den „key note speeches“ präsentierten die Vertreterinnen der EU-Mitgliedstaaten Frankreich, Italien, Niederlande, sowie Berhane Ras-Work, Executive Director des Inter African Committee, ihre bisherigen Maßnahmen gegen „Harmful Traditional Practices“. In einer Diskussion mit allen Teilnehmenden wurden neue Herausforderungen identifiziert. Abschließend wurde in den Reden von EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner und EU-Kommissar Vladimir Spidla das Thema der „Harmful Traditional Practices“ in den Kontext der grundlegenden Menschenrechte gesetzt und „Harmful Traditional Practices“ als Verletzung der allgemeinen Menschenrechte formuliert.

Eine paradigmatische Perspektive der universellen Menschenrechte auf das Thema „Harmful Traditional Practices“ wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern debattiert. Kritikerinnen und Kritiker dieser Position fordern eine stärkere kulturtheoretische Herangehensweise.

Alle Reden und Beiträge sind in dem Bericht zur EU-Konferenz veröffentlicht. Weitere Informationen erhalten Sie beim Bundesministerium für Gesundheit und Frauen³⁵.

IV.2 Bericht zu der EU-Konferenz: „Joint Action of Member States against Harmful Traditions“

In einem vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen herausgegebenen Bericht zur EU-Konferenz wurden die Redebeiträge, sowie Stellungnahmen der Vertreterinnen und Vertreter einzelner Mitgliedsländer zusammengetragen und veröffentlicht. Die Broschüre ist unter dem Bestellservice³⁶ des Bundesministeriums für Frauen und Gesundheit zu bestellen.

³⁵ www.bmgf.gv.at/cms/site/kontakt.htm?channel=CH0096(aufgerufen am 18.10.06)

³⁶ www.bmgf.gv.at/cms/site/bestellservice.htm(aufgerufen am 18.10.06)

Der Bericht „Joint Action of Member States against Harmful Traditions“ ist der dritte Band aus einer Reihe von Publikationen des Bundesministeriums für Frauen und Gesundheit zum Themenschwerpunkt „Traditionsbedingte Gewalt“.

Die ersten beiden Bände erschienen 2005.

Im Vorfeld zur Konferenz unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft wurden bereits eine europäische Konferenz und eine Fachtagung in Österreich vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen organisiert, zu denen jeweils ein Bericht erschien:

- Europäische Konferenz „Taking Measures against Harmful Traditions“

14.10.2005. Die Publikation zu der Konferenz ist im Netz abrufbar³⁷.

- Fachgespräche und Fachtagungen "Maßnahmen gegen traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen" 2005. Die Broschüre ist im Netz abrufbar³⁸.

IV.3 Netzwerk gegen traditionsbedingte Gewalt

Das Netzwerk gegen traditionsbedingte Gewalt (engl. Network Against Harmful Traditional Practices NAHT) soll Regierungsvertreterinnen und -vertretern, sowie Bürger/inneninitiativen und weiblichen Betroffenen die Möglichkeit zur Vernetzung und zum Informationsaustausch geben³⁹.

EU-Konferenz „Demographische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“

Zusätzlich zu den oben beschriebenen wurde die EU-Konferenz „Demographische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ durchgeführt.

Mit dem Grünbuch der Kommission „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ wurde auf europäischer Ebene die Diskussion zu demographischen Herausforderungen eingeleitet⁴⁰. Die Expertinnen- und Expertenkonferenz „Demographische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ vom 2. bis 4. Februar 2006 in Wien schließt an die EU-

³⁷ www.bmgf.gv.at/cms/site/attachments/8/3/7/CH0368/CMS1152189207057/gewalt_band_2.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

³⁸ www.bmgf.gv.at/cms/site/attachments/8/3/7/CH0368/CMS1152189207057/gewalt_band_1.pdf (aufgerufen am 18.10.06)

³⁹ www.naht.info/cms/naht (aufgerufen am 18.10.06)

⁴⁰ http://ec.europa.eu/comm/off/green/index_de.htm (aufgerufen am 18.10.06)

Konferenz "Families, Change and Social Policy in Europe" unter Irischem Vorsitz 2004 an⁴¹.

Die Konferenz von 2006 stellte das Thema der „Partnerschaft“ für eine Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf in den Mittelpunkt. In den einzelnen Berichten wurde „Partnerschaft“ zum einen als innerfamiliäre Partnerschaft thematisiert. Zum anderen wurde eine Partnerschaft zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien als eine „Allianz für die Familie“ zur Gewährleistung einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert.

Einen weiteren Schwerpunkt legte die Konferenz auf die Rolle der Väter als „eine Säule stabiler Familienbeziehungen“. In mehreren Beiträgen wurde eine Implementierung wichtiger Leitbilder für Väter und eine Intensivierung im Bereich der Männlichkeitsforschung gefordert.

Die dritte Themenkonzentration legte die Konferenz im Zuge des Europäischen Jahres der Mobilität auf den Themenkreis Familie und Mobilität. Hierbei beschäftigte vor allem die Frage, wie negative Effekte der Mobilität für Familien möglichst gering zu halten seien.

Auf der Homepage des Bundesministeriums für soziale Sicherheit Generationen und Konsumentenschutz befindet sich eine Site zur Konferenz, auf der Sie das Programm, ein Hintergrundpapier, alle Abstracts zu den Vorträgen, sowie die Schlüsselbotschaften der Demografiekonferenz downloaden können⁴².

⁴¹ www.eu2004.ie/templates/meeting.asp?sNavlocator=5,418,13&list_id=118 (aufgerufen am 18.10.06)

⁴² <http://eu2006.bmsg.gv.at/cms/eu2006/liste.html?channel=CH0602> (aufgerufen am 18.10.06)

Erarbeitet von Maria Mair, Oktober 2006

